



Azize Tank

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77853

📠 (030) 227 – 76851

✉ azize.tank@bundestag.de

Rede von Azize Tank, MdB

Sprecherin für Soziale Menschenrechte der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages
Stellv. Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

bei der

Transatlantic Minority Political Leadership Conference (TMPLC) ein, die
vom 14.-18. September 2016 in Washington D.C. am Freitag, den 16.09.2016
zum Thema:

***Gesellschaftliche Teilhabe benötigt gesellschaftlichen
Struktur-Wandel und Anerkennung als handelnde
Subjekte durch die Politik!***

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, an dieser Konferenz teilzunehmen, vielen Dank für Ihre Einladung!

In meiner bisherigen Arbeit als Abgeordnete und zuvor als Migrantinnenbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf (Berlin), waren die Bemühungen um die Stärkung der politischen Teilhabe und die Durchsetzung sozialer Menschenrechte für mich zentral.

Soziale Menschenrechte beziehen die Menschen als handelnde Akteure und individuelle Rechtsträger unserer Gesellschaft ein.

Um die Stimme der Migrantinnen in der Gesellschaft hörbar und sichtbar zu machen, benötigen wir einen Struktur-Wandel, der den Erwerb von Kompetenzen und die Befähigung zur Selbstorganisation ermöglicht.

Dabei müssen die verschiedenen Lebensrealitäten der Menschen in der Bundesrepublik beachtet werden. Viele Generationen vor uns haben an dieser Bewegung Anteil gehabt. Folgende Generationen haben sie gestärkt und fortentwickelt. Heute ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland.

Über die Einwanderer wird gesprochen, über sie wird bestimmt. Sie kommen jedoch nicht in ausreichendem Maße selbst zu Wort. Sie können gesellschaftliche Diskussionen nur als Objekte der Politik verfolgen, nicht jedoch als aktive politische Subjekte selbst mitgestalten.

Es ist an der Zeit, diesen Prozess vom Kopf auf die Füße zu stellen!

Ich selbst bin 1972 als so genannte Gastarbeiterin aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Ich weiß deshalb auch, was es heißt, als Migrantin für eine gleichberechtigte Teilhabe zu kämpfen!

Im Bundestag sitzen heute mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund als je zuvor. Die Zahl ist im Vergleich zu 2009 von 21 auf 37 Abgeordnete gestiegen. Großteils handelt es sich dabei allerdings um einen europäischen Hintergrund! Abgeordnete mit Migrationshintergrund machen damit 5,9 Prozent von den insgesamt 631 Abgeordneten aus. Das ungleiche Verhältnis wird darin sichtbar, dass Menschen mit Migrationshintergrund einen Anteil von 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland ausmachen.

Ich möchte deshalb die Bildung eines mit eigenen Rechten ausgestatteten Zusammenschlusses von Abgeordneten des Bundestages vorschlagen. Dieser Zusammenschluss könnte über die bisherigen politischen Fraktionsgrenzen hinweg den gesellschaftlichen Struktur-Wandel weiter voran bringen. Ein Zusammenschluss im Bundestag von Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sprachlicher Kontexte, könnte ein Instrument sein, Menschen mit Migrationshintergrund (die bislang als Objekte politischer Zugriffe dienten) zu aktivieren, damit sie sich selbst an der Demokratie beteiligen können.

Dies wäre auch eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen der weltweiten Migrationsbewegungen.

Migration passiert. Sie ist da! Entscheidend ist, ob wir Menschen mit Migrationshintergrund selbst über unser Leben, unsere Freiheit und unsere Rechte entscheiden können - oder dies anderen überlassen wollen.

Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages erlaubt es Abgeordneten nicht, neben ihrer politischen - an die jeweilige Partei gebundene Fraktionsmitgliedschaft - einer weiteren Fraktion anzugehören. Es besteht jedoch die Möglichkeit zur Bildung von parlamentarischen Gruppen.

Eine solche parlamentarische Gruppe hätte nur eingeschränkte eigene Rechte. So dürfte sie keine ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder in die Fachausschüsse und Unterausschüsse entsenden. Sie würde auch keine eigenständige finanzielle, technische oder personelle Unterstützung von der Bundestags-Verwaltung erhalten.

Allerdings könnte diese parlamentarische Gruppe faktisch durch ihre einzelnen Mitglieder auch parlamentarische Rechte wahrnehmen.

Hierfür müssten sich mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Bundestags zusammenfinden. Dann könnte die parlamentarische Gruppe das Recht wahrnehmen, Gesetzesentwürfe und Anträge in den Bundestag einzubringen.

Wir müssen daran arbeiten, etwas ähnliches wie den „Congressional Black Caucus“ in Deutschland zu bilden.

Damit wäre der Weg der Mitgestaltung für Minderheiten eröffnet, um politische und gesellschaftliche Teilhabe praktisch werden zu lassen.

Die fortschreitende Globalisierung und Zunahme der Migrationsbewegungen macht es notwendig, dass die Parteien mehr Menschen mit Migrationshintergrund in das Parlament schicken sollen.

Auch im Bundestag und auf anderen Entscheidungsebenen ist eine Vertretung von Migranten notwendig.

So könnte die Stimme dieser Minderheiten hörbar gemacht werden. Die öffentliche Akzeptanz würde dadurch zunehmen. Den Einwanderern könnten entsprechende Angebote gemacht werden, um den demokratischen gesellschaftlichen Prozess mit zu gestalten.

Das eigene kulturelle und sprachliche Erbe könnte damit nicht nur für diese Individuen bewahrt bleiben, sondern vielmehr als kulturelles Angebot zur Bereicherung der Mehrheitsgesellschaft beitragen.

Multikulturalität passiert. Sie ist förderlich für den politischen und demokratischen Diskurs. Diese Vielfalt muss auch strukturell im Bundestag und der Gesellschaft repräsentiert werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!